

BLITZLICHTER

Informationen aus der politischen Arbeit
in Berlin und für Bremen



Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

In dieser Ausgabe:

Nr. 3 – 4. Februar 2010

Abzugsperspektive für Afghanistan	2
Finanztransaktionssteuer einführen	2
FDP - Die Mövenpick-Partei	3
Schmutzige Deals mit der Atomlobby	3
Missbrauch der Leiharbeit	3
Missachtung des Parlaments	3
Betriebsbesuch Mercedes	4
Betriebsbesuch Kraft Foods	4
Kopfpauschale stoppen!	4
Bürgersprechstunden vor Ort - ein ausbaufähiges Erfolgsmodell	5
Landesgruppe Niedersachsen/ Bremen tagt in Verden	5
Girl's Day bei der SPD-Fraktion	5
Termine in Berlin und Bremen	6

Impressum

ViSdP:
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen
und Genossen,



die SPD-Bundestagsfraktion hat auf meine Initiative einen Antrag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir wollen die Verursacher der Wirtschafts- und Finanzkrise an der Bewältigung der Kosten beteiligen. Es darf nicht sein, dass Banken ihre Gewinne privatisieren und ihre Verluste sozialisieren. Eine Finanztransaktionssteuer wird schädliche und volkswirtschaftlich unnütze Spekulationen verhindern. Wichtige Institutionen wie bspw. der Sparkassen- und Giroverband haben sich wiederholt dafür ausgesprochen. Die schwarz-gelbe Rechtskoalition hingegen weiß auch in dieser Frage nicht was sie will und ist in sich zerstritten.

Ende der Schonzeit

100 Tage ist die schwarz-gelbe Bundesregierung nun im Amt. Sie hat einen katastrophalen Fehlstart hingelegt und jagt jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf. In den drängenden

Fragen der Zeit bekriegen sich die drei Parteien. Lösungen? Fehlanzeige!

Schwarz-gelbe Kakophonie

Geradezu skurril muten in der schwarz-gelben Kakophonie der vergangenen Tage und Wochen die Auslassungen der Wahlkämpfer aus Nordrhein-Westfalen an. Der selbst ernannte Arbeiterführer Rüttgers von der CDU und der stellvertretende FDP-Parteivorsitzende Pinkwart haben, wohl im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen im Mai, die Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers gefordert. Recht haben die beiden – auch wenn sie im Bundesrat dem Steuergeschenk zugestimmt haben. Die Ernsthaftigkeit dieser Forderung können die Bundestagsabgeordneten aus NRW noch vor Ostern unter Beweis stellen, wenn namentlich über den SPD-Antrag zur Rücknahme des Steuergeschenkes abgestimmt wird.

Meine Homepage www.carsten-sieling.de befindet sich zur Zeit in Überarbeitung, ist daher leider nicht auf dem aktuellen Stand. Die neue Homepage wird voraussichtlich mit der nächsten Ausgabe der Blitzlichter online gehen.

Herzliche Grüße,

Carsten Sieling

Chaos bei den Krankenkassen

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Gleich mehrere gesetzliche Krankenkassen werden Zusatzbeiträge in Höhe von 8€ monatlich von ihren Mitglieder erheben. Besonders betroffen sind davon Geringverdiener und Rentner, da diese einkommensunabhängig erhoben werden. Auch ALGII-Empfänger sollen die 8€ aus ihrem schmalen Budget berappen. Im Gegensatz dazu können Gutverdiener diese Zusatzbeiträge steuerlich geltend machen.

Einführung der Kopfpauschale

Und was macht Gesundheitsminister Rösler? Der schaut untätig zu und propagiert stattdessen die Einführung der Kopfpauschale. Dabei hat er die FDP-Klientel fest im Blick. Zurecht hat Rösler sich eine Schelte der Kanzlerin

eingefangen. Und Verbraucherschutzministerin Aigner hält die Einführung der Zusatzbeiträge gar für rechtswidrig.

Das ist ein Schmierentheater der Union. Bei der Gesundheitsreform 2006 hat die Union die Einführung dieser „kleinen Kopfpauschale“ gegen den Widerstand der SPD durchgedrückt. Sie sollte den Weg bereiten für die „große Kopfpauschale“. Jetzt vergießt die Union Krokodilstränen.

Solidarische Bürgerversicherung

Wir aber wollen unser Gesundheitssystem wieder paritätisch finanzieren – am besten durch die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung. (siehe auch S. 4)



Dr. Carsten Sieling, MdB

Zitat des Monats

„Ich erwarte von der Steuerschätzung keine besonderen neuen Erkenntnisse.“

Hermann Otto Solms,
haushaltspolitischer Sprecher der FDP-
Bundestagsfraktion

Wenn dem denn so ist, warum scheut die schwarz-gelbe Koalition bis zur NRW-Wahl im Mai Details zu den angekündigten harten Sparmaßnahmen? Und warum verspricht Schwarz-Gelb weiterhin Steuersenkungs-Luftschlösser?

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ 030 . 227 - 71595
☎ 030 . 227 - 76212
✉ carsten.sieling
@bundestag.de

Mitarbeiter:
Florian Leuthner
Johannes Tiefensee
Katja Tempke

Mein Büro in Bremen:

Obernstr. 39-43
28195 Bremen
☎ 0421 . 35 018 25
☎ 0421 . 35 72 83
✉ carsten.sieling
@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:
Gisela Waltemathe
Nils Kuhlmann

Abzugsperspektive für Afghanistan

Lange Zeit hat die Bundeskanzlerin das Thema Afghanistan gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Frank-Walter Steinmeier hat bereits im Sommer 2009 deutlich gemacht, wie sich die SPD das weitere Engagement Deutschlands in Afghanistan vorstellt. Auf der Afghanistan-Konferenz im Januar haben wir als SPD unsere Vorstellungen weiterentwickelt und präzisiert.

Die Entsendung zusätzlicher Soldatinnen und

Soldaten sehen wir skeptisch, weitere Kampftruppen lehnt die SPD ab. Unsere Priorität liegt weiterhin im zivilen Wiederaufbau sowie in der Ausbildung von Polizei und Armee. Hier brauchen wir endlich substanzielle Fortschritte. Denn wenn die Afghanen selbst für ihre Sicherheit sorgen, kann der Einsatz der Bundeswehr spätestens im Zeitraum von 2013-2015 beendet werden.

Finanztransaktionssteuer einführen

Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen. Zweite Rede im Bundestag

Wir befinden uns zur Zeit in der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Im Herbst 2009 hat der Internationale Währungsfonds (IWF) den durch die Krise entstandenen Schaden auf 3,4 Billionen Dollar beziffert. Die Krise hat bis Ende letzten Jahres mehr als 20 Millionen Jobs vernichtet, weitere fünf Millionen sind akut bedroht. Gleichzeitig erzielen Investmentbanken bereits wieder Rekordgewinne und schütten obszöne Milliardenboni an ihre Banker aus.

Verursacher an den Kosten beteiligen

Mitte Januar hat die SPD-Bundestagsfraktion den von mir entwickelten Antrag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die Bundestagsdebatte erfolgte am 29. Januar (Drs. 17/527). Die SPD will die Verursacher der Wirtschafts- und Finanzkrise an der Bewältigung der Kosten beteiligen. Es darf nicht sein, dass Banken ihre Gewinne privatisieren und ihre Verluste auf Kosten der Allgemeinheit sozialisieren. Allein 22 Milliarden Euro hat die Bundesregierung als direkte Kapitalspritzen für Banken zur Verfügung gestellt. Dieses Geld fehlt uns jetzt für Investitionen in Forschung und Bildung, für die Bekämpfung von Armut oder für Maßnahmen gegen den weltweiten Klimawandel.

Mehr als Tobin

Eine Finanztransaktionssteuer ist deutlich mehr als die bekannte „Tobin-Steuer“. Sie erfasst alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten und alle Devisentransaktionen

und besteuert diese mit 0,01 bis 0,05% des Handelsvolumen.

Betroffen sind von einer Finanztransaktionssteuer insbesondere schädliche und volkswirtschaftlich unnütze Spekulationen und der automatisierte Computerhandel.

Milliardenaufkommen

Nach Berechnungen des österreichischen WIFO-Institutes kann allein Deutschland mit jährlichen Einnahmen von 10-20 Milliarden Euro aus einer Finanztransaktionssteuer rechnen.

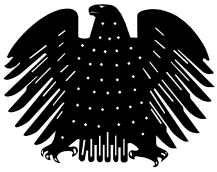
Und bei diesen Zahlen ist bereits ein Rückgang des Handelsvolumens mit eingerechnet.

Privatpersonen nicht betroffen

Privatpersonen werden im Rahmen ihrer tagtäglichen Finanzgeschäfte beim bargeldlosen Bezahlen in Geschäften mit EC- oder Kreditkarten, bei Abhebungen am Geldautomaten, bei der Barauszahlung von Geldern am Bankschalter

oder bei Überweisungen von der Steuer nicht betroffen sein. Die FDP-Behauptung, dass Riester-Sparer negativ betroffen sind, ist nicht haltbar. Auch Fachorganisationen haben mir bestätigt, dass sie die Rechnung der FDP und des bayrischen Finanzministers Fahrenschon nicht nachvollziehen können. Die Debatte geht weiter, denn wir müssen alles tun, damit es nicht zu einer neuen Spekulationskrise kommen kann.

Meine Rede zur Finanztransaktionssteuer im Internet: [hier klicken](#).



Dr. Carsten Sieling, MdB

Zahl des Monats

„8“

Acht große Wirtschaftsverbände, darunter DIHK, BDI und der Zentralverband des Deutschen Handwerks, haben sich an die Bundesregierung gewandt und über die Mehrwertsteuerensenkung für Hotels beschwert. Diese führe zu „einer massiven Verkomplizierung zulasten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“

Missachtung des Parlaments

17 schriftliche Fragen hat die SPD-Fraktion an die Bundesregierung gestellt. Ziel war, Auskunft über Kosten, soziale Auswirkungen und technische Details von Gesundheitsminister Rösler über seine angekündigte Einführung der Kopfpaschalenmodells zu erhalten. Mit Zustimmung des Kabinetts wurde keine einzige Frage beantwortet. Stattdessen wird auf die zu erwartenden Ergebnisse der Reformkommission verwiesen, die aber bisher nicht einmal berufen ist. Arbeitsbeginn ungewiss. Das nenne ich Missachtung des Parlaments!

FDP - Die Mövenpick-Partei

Dass Parteien Spenden sammeln – zumal in Wahlkampfzeiten – ist kein Geheimnis. Man möchte meinen, dass insbesondere die Liberalen aus ihrer Vergangenheit gelernt hätten. Doch weit gefehlt. Insgesamt 1,1 Millionen Euro hat die FDP zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 in mehreren Tranchen an Spenden erhalten. Absender war die Substantia AG, die dem Miteigentümer der Mövenpick-Gruppe August Baron von Finck gehört, und in Deutschland 14 Luxushotels betreibt. Die letzte Tranche erfolgte just während der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen. Auch die CSU ist bedacht worden. Rund 800.000 Euro Spenden kamen von Firmen, die ebenfalls zum Firmenimperium des Barons

gehören.

FDP und CSU waren **die** treibenden Kräfte zur Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 7% für Hotelübernachtungen im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Eine Milliarde Euro Mindereinnahmen sind die Folgen des Steuergeschenks. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Eine Einschätzung, die auch die Organisation Lobby Control teilt: „Hier drängt sich der Verdacht auf, dass die Spenden [...] in ziemlich direkten Zusammenhang zu diesem Gesetz stehen.“

<http://www.lobbycontrol.de>

Schmutzige Deals mit der Atomlobby

Im Oktober will die Bundesregierung ihr energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegen. Bereits heute werden aber Nägel mit Köpfen gemacht. Der unter Rot-Grün – zusammen mit der Energiewirtschaft – ausgehandelten Atomausstieg ist nicht mehr aktuell. Kein Wunder, stecken doch handfeste wirtschaftliche Interessen dahinter.

Bis auf weiteres sollen alle 17 deutschen AKWs weiterlaufen, obwohl für mindestens zwei im Sommer endgültig Schluss wäre.

Auch bei diesem Thema laviert die Kanzlerin. Bis zur Landtagswahl in NRW wird sie keine Entscheidung zur Zukunft der Atomenergie fällen. Bevölkerung und Bundestag werden ganz bewusst im Unklaren gelassen. Und von den zu erwartenden Milliarden Gewinnen der Stromkonzerne will die schwarz-gelbe Bundesregierung nur einen sehr geringen Teil

abschöpfen und in regenerative Energien stecken.

Da fragt man sich, welche Art Ablasshandel mit der Atomlobby getroffen wurde. Denn allein für die Sanierung des Atommülllagers Asse sind rund 3,7 Milliarden Euro nötig. Mit solch einem Verhalten verhindert man aber auch milliardenschwere Investitionen in erneuerbare Energie wie z.B. Offshore-Windparks. Eine zukunftsorientierte Politik sieht anders aus.

Um ein deutliches Zeichen gegen die Atomkraft zu setzen, beteiligt sich die SPD an einem Bündnis von Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden, das am **24. April 2010** eine Aktions- und Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel organisiert.

Missbrauch der Leiharbeit

Die Drogerie-Riese Schlecker sorgt in regelmäßigen Abständen für Negativ-Schlagzeilen. In den letzten Monaten haben sich die Berichte über Lohndrückerei und Tariffucht bei Schlecker gehäuft.

Zahlreiche kleine Ladengeschäfte wurden dichtgemacht und durch größere „Schlecker XL-Filialen“ ersetzt. Damit einher ging aktive Lohndrückerei seitens des Schlecker-Konzerns.

Der bisherigen Stammebelegschaft wurde gekündigt und dann über eine konzerneigene Zeitarbeitsfirma als Leiharbeiter mit zum Teil 50% Lohnneibußen Stellen in den neu geschaffenen „XL-Filialen“ angeboten. Sukzessive sollte so die Stammebelegschaft durch Leih-

arbeiter ohne gültigen Tarifvertrag ersetzt werden.

Die Vorwürfe gegen Schlecker wogen so schwer, dass sich sogar die Arbeitsministerin genötigt sah, eine Prüfung des Fall zu veranlassen. Prüfen allein genügt aber nicht. Seit langem fordern wir einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsfirma und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Rechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeiten müssen gestärkt und gleichzeitig die konzerninterne Verleihung durch eigene Leiharbeitsgesellschaften begrenzt werden.

http://www.spd.de/de/pdf/100118_Beschluss_PV_Leiharbeit.pdf



Dr. Carsten Sieling, MdB

Kopfpauschale

stoppen!

Bundesweite Unterschriftenaktion gegen Zweiklassen-Medizin

Täglich gibt es neue Hiobsbotschaften aus dem Gesundheitsbereich. Zahlreiche gesetzliche Krankenkassen werden ab März einkommensunabhängige Zusatzbeiträge erheben. Gesundheitsminister Rösler hat sein Rezept dagegen vorgestellt: Die Einführung der Kopfpauschale.

Der überparteiliche Verein Campact hat im Internet eine bundesweite Unterschriften Aktion gegen die Einführung einer Kopfpauschale gestartet. Mehr als 30000 Menschen haben den Aufruf bereits unterschrieben. Die Aktion wird unter anderem auch von ver.di unterstützt.

Ich bitte Euch/ Sie, daran teilzunehmen.

[Http://www.campact.de/gesund/sn1/signer](http://www.campact.de/gesund/sn1/signer)

Betriebsbesuch bei Mercedes

Nachdem ich im Sommer vergangenen Jahres gemeinsam mit Uwe Beckmeyer eine Werksbesichtigung gemacht und ein Gespräch mit dem Werksleiter Herrn Schabert geführt habe, war ich am 11. Januar diesen Jahres erneut im Bremer Mercedes-Werk. Bei diesem Besuch habe ich mich vom dortigen Betriebsratsvorsitzenden Uwe Werner und seinem Stellvertreter Jürgen Coors über die Situation bei Daimler-Benz und die Perspektiven des Standorts informieren lassen.

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Automobilkrise hatte Daimler-Benz in den letzten Monaten eine Reihe von Strukturmaßnahmen und Einschnitten beschlossen, die vor allem für den Stammsitz Sindelfingen Einschnitte vorsehen. Bremen ist dem ersten Eindruck nach „gut davon gekommen“. Die Produktion der C-Klasse soll hier konzentriert werden, ein Beschäftigungsabbau ist nicht geplant.

Doch auf den zweiten Blick, so haben die Betriebsräte überzeugend dargelegt, gibt es eine Reihe von Sorgen: Mit der Verlegung der Montage des Sportwagens SL von Bremen nach Sindelfingen wird Bremen nur noch eine Produktionslinie haben. Die Abhängigkeit von Marktveränderungen kann so sehr schnell auf Produktion und Beschäftigung durchschlagen. Und dem C-Modell droht durchaus starke Konkurrenz durch andere Hersteller, aber auch durch Neuentwicklungen von Daimler selbst.

Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des C-Modells schließt auch der Vorstand Auslandsverlagerungen, vornehmlich in die USA, nicht aus.

Um der Belegschaft, der Öffentlichkeit und der Politik die Sorgen um eine möglicherweise unsichere Zukunft des Bremer Werks zu nehmen, hat der Bremer Betriebsrat eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung, wie sie für das Sindelfinger Werk abgeschlossen wurde, gefordert. Dies aber wurde vom Daimler-Vorstand für Bremen abgelehnt. Der Kompromiss, auf den sich die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in der Nacht zum 2. Februar 2010 geeinigt haben, und nach dem auch zumindest der Karosserie-Rohbau des SL und dessen Lackierung in Bremen verbleiben sollen, schafft meiner Meinung nach eine Grundlage, auf der weitere Maßnahmen für eine Zukunftssicherung des Bremer Werkes entwickelt werden können und müssen.

Als Bundestagsabgeordneter werde ich mich weiter um die Entwicklung unseres Mercedes-Werkes kümmern. Dieser größte private Arbeitgeber Bremens ist wichtig für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in der gesamten Region. Bremen hat viel in das Werk investiert – Mercedes ist mittlerweile eine Bremer Stärke. Und das muss auch so bleiben!

Betriebsbesuch bei Kraft Foods

Am 13.01.10 habe ich den Betrieb der Kraft Foods GmbH besucht und dort an einer Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Betriebsrates und der Gewerkschaft NGG sowie den Bundestagsabgeordneten Uwe Beckmeyer und Agnes Alpers teilgenommen.

Betriebsrat und NGG informierten über die Pläne des Konzerns, im Rahmen des Projekts „Powerhouse“ in den Jahren 2010 bis 2012 bis zu 150 Arbeitsplätze in der Zentrale Bremen zu streichen sowie den Standort Bremen ab 2011 in Frage zu stellen. Diese Pläne sind besorgniserregend. Die Streichung von 150 größtenteils hochqualifizierten Arbeitsplätzen wäre ein schwerer Verlust für Bremen. Sollte das Unternehmen den gesamten Standort ernsthaft in Frage stellen, wären die Auswirkungen für die Beschäftigten, Stadt und Land Bremen katastrophal. Betriebsrat und Gewerkschaft NGG haben den Konzern aufgefordert,

mit ihnen über einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen zu verhandeln. Dies würde ermöglichen, gemeinsam über Restrukturierungen zu beraten, ohne dass die Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen. Ich schließe mich diesen Forderungen an und werde die Beschäftigten und ihre VertreterInnen im Kampf um die Arbeitsplätze und den Erhalt des Standorts unterstützen.

Zu diesem Zweck werde ich auch am 11.02.10 bei Kraft Foods ein weiteres Gespräch mit dem Betriebsrat führen. Ich will gerade jetzt kontinuierlich über Entwicklungen auf dem Laufenden bleiben. Als Bundestagsabgeordneter habe ich die Aufgabe, darauf zu achten, dass große Konzerne wie Kraft Foods ihre Standortverantwortung wahrnehmen.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Bürgersprechstunden

im

Februar und März

16. Februar, 17.30 - 19.30 Uhr, Sprechstunde für Menschen aus Afrika, mit Malick Samba und Carsten Sieling, MdB, Büro Genotec Vertrieb AG, Schlüsselkorb 24, 5. Etage

18. Februar, 16.30 - 18.30 Uhr, Bürgersprechstunde in Hemeelingen mit Jens Denhardt, MdBB, und Carsten Sieling, MdB, sowie Melanie Kennard, Beiratssprecherin, Familienzentrum Mobile, (großer Gruppenraum), Hinter den Ellern 1a, 28309 Bremen

10. März, 17 - 19 Uhr, Bürgersprechstunde Vahr mit Karin Kauertz, MdBB und Carsten Sieling, MdB, sowie Helmut Weigelt, Beiratssprecher, Bürgerzentrum Neue Vahr, Raum C. 03/04

11. März, 17 - 19 Uhr, Bürgersprechstunde Bultenweg mit Susanne Kröhl, MdBB, und Carsten Sieling, MdB, Lausanner Str. 42, 28325 Bremen

Bürgersprechstunden vor Ort - ein ausbaufähiges Erfolgsmodell

Im Januar dieses Jahres fanden die ersten beiden Bürgersprechstunden in Kattenturm und Blockdiek statt. Gemeinsam mit den örtlichen Bürgerschaftsabgeordneten stehe ich den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Bürgersprechstunden Rede und Antwort – in ihrem gewohnten Umfeld und ohne lange Anfahrtswege.

Die Erfahrungen der ersten beiden Termine zeigen, dass das Angebot durchaus auf Interesse stößt, sowohl bei einzelnen Bürgerinnen und Bürgern als auch bei örtlichen Initiativen. In Kattenturm nutzte z.B. die Bürgerinitiative A 281 die Gelegenheit, sich mit Winfried Brumma und mir über den Stand der Ausbauplanung und weitere Schritte auszutauschen. Ein weiterer Gesprächstermin ist in Planung.

In Blockdiek konnte ich meinen Kontakt zum dortigen Mütterzentrum fortführen.

Der gemeinsame Termin mit den örtlichen Bürgerschaftsabgeordneten hat für die Bürgerinnen und Bürger den Vorteil, dass sie schnell an die für ihr Problem zuständigen und kompetenten Gesprächspartner gelangen. Und: Wir sind dort, wo die Menschen sind und damit auch für diejenigen sichtbar, die sich (noch) nicht trauen, „Ihre“ Abgeordneten anzusprechen.

Mein Fazit: Unbedingt fortführen! Ideen für weitere Orte, an denen Sprechstunden durchgeführt werden können, gibt es genug; Probleme, die auf eine Lösung warten, sicherlich (leider) auch.

Landesgruppe Niedersachsen/Bremen tagt in Verden

Die Landesgruppe Niedersachsen/ Bremen trifft sich zusammen mit der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion vom 3. bis zum 5. Februar zur Klausurtagung in Verden. Das Treffen bildet den Auftakt zu einer Reihe gemeinsamer Aktionen, die dazu dienen sollen, die politische Arbeit der SPD-Abgeordneten im Bund und den beiden Ländern besser zu vernetzen, sowie die Intensität und Koordinierung für eine gemeinsame Oppositionsarbeit gegen

Schwarz-Gelb zu verbessern. Außerdem wollen wir eine 100-Tage-Bilanz zu den Auswirkungen der Politik der neuen Bundesregierung auf den Nordwesten Deutschlands ziehen.

Auf der Tagesordnung stehen dazu verschiedene politische Themenschwerpunkte. Zum Thema Finanzen und staatliche Handlungsfähigkeit halte ich am 4. Februar einen Impulsvortrag.

Girl's Day bei der SPD-Fraktion

Am 22. April 2010 findet der zehnte bundesweite Girl's Day statt. Noch immer sind Frauen und Mädchen in verschiedenen Berufen deutlich unterrepräsentiert. Auch in der Politik brauchen wir mehr Frauen!

Die SPD-Bundestagsfraktion ermöglicht 60 Mädchen aus allen Teilen der Bundesrepublik einen Blick hinter die Kulissen in Berlin. Die Mädchen werden die Gelegenheit haben, ihre Abgeordneten bei Terminen zu begleiten und einen kurzen Einblick in den Büroalltag zu bekommen. Im Rahmen eines Planspiels können sie darüber hinaus lernen, wie man einen Gesetzentwurf einbringt, wer noch Änderungen vornehmen kann und wie ein Gesetz letztlich verabschiedet wird und in Kraft tritt.

Selbstverständlich darf dabei eine interessante und spannende Debatte über den besten Weg nicht fehlen - genau wie in der richtigen Politik. Und schließlich wird es einen Markt der Mög-

lichkeiten geben, wo den Mädchen unter anderem Wege aufgezeigt werden, bei der SPD-Bundestagsfraktion eine Ausbildung oder ein Praktikum zu machen. Der Girls´ Day steht für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Und wer weiß? Vielleicht treffen wir in ein paar Jahren eines der Mädchen wieder - als Mitarbeiterin unserer Fraktion oder als Politikerin.

Aus meinem Wahlkreis kann ich **ein Mädchen** zum Girl's Day 2010 einladen. Wer Lust hat, mich an diesem Tag bei meiner Arbeit zu begleiten, die 9. oder 10. Klasse besucht und mindestens 15 Jahre alt ist, wendet sich bitte an mein Bremer Büro, entweder per Telefon unter 3 50 18 25 oder per E-Mail:

carsten.sieling@wk.bundestag.de.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Termine in Berlin und Bremen

Montag,	08. Februar,	10.30 Uhr:	Gespräch mit dem Betriebsrat von InBev	Bremen
		19.00 Uhr:	„Bericht aus Berlin“ auf der Mitgliederversammlung des Ortsverein Bremen-Vahr, Bürgerzentrum Neue Vahr, Raum C 03/04	Bremen
Dienstag,	09. Februar,	09.00 Uhr:	Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin
		11.00 Uhr:	Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin
		13.00 Uhr:	Anhörung des Ausschusses für Finanzen zum EU-Steuerrecht	Berlin
		19.00 Uhr:	Parlamentarischer Abend Verbraucherzentralen	Berlin
Mittwoch,	10. Februar,	10.30 Uhr:	Rede im Bundestag zum Antrag der Partei Die Linke „Die Banken sollen für die Krise zahlen“	Berlin
		18.00 Uhr:	Jahresempfang Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	Berlin
Donnerstag,	11. Februar,	11.00 Uhr:	Gespräch mit dem Betriebsrat von Kraft Foods	Bremen
Freitag,	12. Februar,	18.00 Uhr:	Schaffermahl Bultenweg, Mensa der Gesamtschule Ost	Bremen
Montag,	15. Februar,	11.30 Uhr:	Gespräch mit Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Bremen	Bremen
Dienstag,	16. Februar,	14.00 Uhr:	Besuch Institut für Fertigungstechnik und angewandte Materialforschung (IFAM)	Bremen
		17.30 Uhr:	Sprechstunde für Menschen aus Afrika, mit Malick Samba, Büro Genotec-Vertrieb AG, Schlüsselkorb 24, 5. Etage	Bremen
Mittwoch,	17. Februar,	10.00 Uhr:	Gespräch beim Paritätischen Wohlfahrtsverband	Bremen
		15.00 Uhr:	Seniorenachmittag in der Versöhnungsgemeinde, Begegnungsstätte „Die Brücke“, Sebaldsbrücker Heerstraße 52	Bremen
Donnerstag,	18. Februar,	13.00 Uhr:	Gespräch mit Michael Frenz, Präsident der Architektenkammer Bremen	Bremen
		16.30 Uhr:	Bürgersprechstunde in Hemelingen mit Jens Dennhardt, MdBB und Melanie Kennard, Sprecherin des Hemelinger Beirats, Familienzentrum Mobile, Hinter den Ellern 1a, 28309 Bremen	Bremen
Freitag,	19. Februar,	12.30 Uhr:	Gespräch mit Besuchergruppe aus Bremen im Deutschen Bundestag	Berlin
		18.00 Uhr:	Kohlfahrt 2010 des SPD-Ortsvereins Schwachhausen u.a.	Bremen
Montag,	22. Februar,	11.00 Uhr:	Klausur Vorstand der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin
		18.00 Uhr:	Parlamentarischer Abend Logistikstandort Deutschland	Berlin
Dienstag,	23. Februar,	10.00 Uhr:	Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin
		15.00 Uhr:	Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin
Mittwoch,	24. Februar,	09.00 Uhr:	Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages	Berlin
Donnerstag,	25. Februar,	09.00 Uhr:	Plenum Bundestag	Berlin
		16.00 Uhr:	Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion	Berlin
Freitag,	26. Februar,	08.00 Uhr:	Gremium Sonderfonds Finanzstabilisierung (SoFFin)	Berlin
		09.00 Uhr:	Plenum Bundestag	Berlin
Sonntag,	28. Februar,	11.00 Uhr:	Kohlfahrt des SPD-Ortsverein Altstadt, Schwarme bei Bremen	Bremen